

Aus dem Inhalt

Social Investment Package	1
Finanztransaktionssteuer	6
Steuervermeidungsstrategien	8
Frühjahrgipfel des Europäischen Rates	11
Managergehälter	14
Investoren-Klagen gegen Staaten	16
EU/USA Freihandelsabkommen	20
Folgeabkommen des GATS	25
Buchbesprechungen	28

Editorial

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Angesichts der aktuellen Entwicklung in der EU (Arbeitslosigkeit, Rezession, Armut) und eines überforderten EU-Krisenmanagements (siehe Zypernkrise) fällt es nicht schwer, in Pessimismus zu verfallen. Dennoch wollen wir in dieser Ausgabe den Fokus auf Mut machende Ansätze in der EU-Politik legen: Den Anfang macht eine Analyse des „Social Investment Package“ der EU-Kommission, das zu einer Stärkung der sozialen Dimension in der EU führen könnte (Buxbaum/Tempel). Es folgen zwei Berichte über Entwicklungen, die das Potenzial haben, einen Wendepunkt in der EU-Steuerpolitik zu markieren: Der Richtlinien-Vorschlag der Kommission zur Einführung der Finanztransaktionssteuer und Vorhaben im Zusammenhang mit Steuerhinterziehung, Steueroasen und Steuertricks der Großkonzerne (Saringer). Selbst die umstrittene Zypernlösung enthält einige zukunftsweisende Elemente (Tempel) und endlich wird auch der Kampf gegen überbordende Managergehälter engagierter geführt (Gahleitner/Wieser). Einen zweiten Schwerpunkt bilden handelspolitische Themen (Dessewffy, Eberhardt, Prausmüller). Wir wünschen anregende Lektüre.

Ihr Redaktionsteam

Das „Social Investment Package“ der EU-Kommission

Erster Schritt zu Paradigmenwechsel oder soziales „Feigenblatt“?

Das sogenannte „Sozialinvestitionspaket“ (SIP) der EU-Kommission wurde am 20. Februar 2013 von László Andor (Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration) in Brüssel vorgestellt und hat sich sehr ambitionierte – im bestehenden makroökonomischen, rechtlichen und institutionellen Setting wohl aber eher unrealistische – Ziele gesteckt. Als Beitrag zur möglichen Stärkung der „sozialen Dimension“ in der EU ist das Paket jedenfalls zu begrüßen.

Adi Buxbaum und Norbert Tempel¹

Positiv ist sicherlich an der Mitteilung der EU-Kommission zum Sozialinvestitionspaket² und der auch zum Paket gehörenden Empfehlung³ der EU-Kommission zur Bekämpfung der Kinderarmut, dass einerseits die Meriten der sozialstaatlichen Absicherung insgesamt und andererseits die enormen Potenziale für sozialen Fortschritt, Beschäftigung und nachhaltige Budgets erkannt und umfangreich dargestellt werden. Daraus leitet die EU-Kommission auch ihr Ersuchen an die Mitgliedstaaten ab, in Zukunft mehr Gewicht auf soziale Investitionen zu legen. Ob das „Social Investment Package“ wirklich das ihm von der EU-Kommission zugeschriebene Potenzial hat, mehr Wohlstand, In-

klusion und aktive Teilhabe für breite Teile der Bevölkerung zu ermöglichen, bleibt abzuwarten – auch hinsichtlich der Frage, ob es angesichts der bestehenden Rahmenbedingungen überhaupt substanziell zu einer Stärkung der sozialen Dimension in der EU kommen kann.

„Neue“ Sichtweise der Rolle der Sozialpolitik? ■ Mit dem „Social Investment Package“ bestätigt die EU-Kommission die BAK-Position, dass Sozialsysteme drei Funktionen erfüllen müssen: Sozialinvestitionen, Sozialschutz und Stabilisierung der Wirtschaft. Eine besondere Rolle kommt dabei den Sozialinvestitionen zu – diese fördern die Fähigkeit- ➤